

Fraktion der Parteilosen Wählergemeinschaft

im Gemeinderat Oberammergau

Gemeinde Oberammergau
Herr 1. Bürgermeister
Arno Nunn
Schnitzlergasse 5
82487 Oberammergau

**Fraktion der
Parteilosen Wählergemeinschaft**
Ludwig Utschneider M.A.
Fraktionsvorsitzender
Gemeinderat
Hillernstraße 6
82487 Oberammergau
Tel. 0 88 22 – 92 27 90
Fax. 0 88 22 – 94 93 00
Mobil: 01 77 – 1 58 85 75
utschneider@politik-oberammergau.de

Oberammergau, 20. November 2008

Antrag an den Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,

die Fraktion der Parteilosen Wählergemeinschaft im Gemeinderat Oberammergau stellt folgenden Antrag:

Antrag

Der Gemeinderat möge beschließen, die beigefügte Informationsfreiheitsatzung einzuführen.

Begründung

Demokratie lebt von der Akzeptanz politischer Gremien und politischer Entscheidungsprozesse durch die Bürgerinnen und Bürger. Wir als gewählte Volksvertreter und die Verwaltung stehen im Dienste der Allgemeinheit.

Daher ist es uns auch sehr wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger noch mehr Möglichkeiten erhalten Einblick in die politischen Vorgänge und das Verwaltungshandeln zu erlangen. Die Gemeinde und die Kommunalpolitik sollen transparenter werden als dies bislang der Fall war. Die Entwicklungen in der letzten Amtsperiode des Gemeinderats haben uns sehr deutlich vor Augen geführt, dass die Bürgerinnen und Bürger eine nicht-transparente und nicht-nachvollziehbare Gemeindepolitik nicht gutheißen.

Die Informationsfreiheitsatzung ist ein weiterer Baustein im Streben nach mehr Offenheit und Transparenz.

Deckungsvorschlag

Durch die Erhebung kostendeckender Verwaltungsgebühren entstehen durch diese Satzung keine außerordentlichen Sonderbelastungen für den Gemeindehaushalt.

Mit freundlichen Grüßen

Ludwig Utschneider M.A., GR
Fraktionsvorsitzender

Florian Streibl M.A., GR
Stellv. Fraktionsvorsitzender

Florian Lang, GR

Martin Müller, GR

Alexander Raggl, GR

Peter Held, GR

Karl-Heinz Götz, GR

Gertrud Lischka, GR

Peter Papistock, GR

Informationsfreiheitssatzung für die Gemeinde Oberammergau vom ..2009

§ 1 Anspruch auf Information

- (1) Jeder hat Anspruch auf freien Zugang zu den bei der Gemeinde vorhandenen Informationen über Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Gemeinde.
- (2) Informationen sind alle in Schrift-, Bild-, Ton- oder in Datenverarbeitungsform oder auf sonstigen Informationsträgern festgehaltene Inhalte, Mitteilungen und Aufzeichnungen.

§ 2 Antragstellung

- (1) Der Zugang zu Informationen wird auf Antrag gewährt. Einer Darlegung rechtlichen Interesses oder einer Begründung des Antrages bedarf es nicht.
- (2) Der Antrag kann mündlich, schriftlich, zur Niederschrift oder in elektronischer Form bei der Gemeinde gestellt werden.
- (3) Im Antrag sind die gewünschten Informationen zu benennen. Fehlen dem Antragsteller Angaben zu einer hinreichenden Bestimmung der gewünschten Information, so hat die Gemeinde den Antragsteller zu beraten und ihm Hilfe zu leisten.

§ 3 Entscheidung über den Antrag

- (1) Die Gemeinde macht die begehrten Informationen unverzüglich, spätestens aber innerhalb von drei Wochen zugänglich.
- (2) Im Falle einer Ablehnung oder Beschränkung des Zugangs von Informationen erteilt die Gemeinde einen Ablehnungsbescheid.

§ 4 Ausgestaltung des Informationszugangs

- (1) Die Gemeinde hat nach Wahl des Antragstellers Auskunft zu erteilen, Akteneinsicht zu gewähren oder die Informationsträger zugänglich zu machen, die die begehrten Informationen enthalten.
- (2) Die Gemeinde stellt ausreichende zeitliche, sachliche und räumliche Möglichkeiten für den Informationszugang zur Verfügung. Die Anfertigung von Notizen ist gestattet.
- (3) Auf Antrag händigt die Gemeinde Kopien der Informationsträger, die die begehrten Informationen enthalten, aus oder versendet sie an den Antragsteller.
- (4) Wenn die begehrten Informationen bereits frei zugänglich im Internet veröffentlicht sind, kann die Gemeinde ihrer Verpflichtung zur Gewährung des Informationszugangs auch erfüllen, indem sie den Antragsteller auf die Internet-Veröffentlichungen unter Angabe der Fundstellen verweist.

§ 5 Ausschluss und Beschränkung des Anspruchs

Der Anspruch besteht nicht, soweit das Bekanntwerden der Informationen dem Wohl des Bundes, des Landes oder der Gemeinde Nachteile bereiten würde. Der Anspruch besteht auch nicht, soweit die Informationen nach einem Gesetz geheim gehalten werden müssen, oder soweit es sich bei den Informationen um Geheimnisse Dritter, insbesondere zum persönlichen Lebensbereich gehörende Geheimnisse sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse handelt.

§ 6 Trennungsprinzip

(1) Die Gemeinde trifft geeignete organisatorische Vorkehrungen, damit Informationen, die unter die Schutzbestimmung des § 5 fallen, ohne unverhältnismäßigen Aufwand abgetrennt werden können.

(2) Wenn nur Teile des angeforderten Dokuments der Schutzbestimmung des § 5 unterliegen, werden die übrigen Teile des Dokuments dem Antragsteller zugänglich gemacht.

§ 7 Gebühren und Auslagen

(1) Für Amtshandlungen nach dieser Satzung werden Gebühren und Auslagen erhoben. Dies gilt nicht für die Erteilung einfacher Auskünfte.

(2) Die Gebühren sind auch unter Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes so zu bemessen, dass der Informationszugang nach § 1 wirksam in Anspruch genommen werden kann.

(3) Die Höhe der Gebühren ist in der Anlage „Gebühren- und Auslagenverzeichnis“ geregelt, die Bestandteil der Satzung ist.

§ 8 Inkrafttreten

Die Satzung tritt einen Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Anlage Gebühren:

Gebühren- und Auslagenverzeichnis

Teil A Gebühren

1 Auskünfte

1.1 - mündliche und einfache schriftliche Auskünfte auch bei Herausgabe von wenigen Abschriften gebührenfrei

1.2 - Erteilung einer schriftlichen Auskunft auch bei Herausgabe von Abschriften 30 bis 250 Euro

1.3 - Erteilung einer schriftlichen Auskunft bei Herausgabe von Abschriften, wenn im Einzelfall ein deutlich höherer Verwaltungsaufwand zur Zusammenstellung von Unterlagen entsteht, insbesondere wenn zum Schutz öffentlicher oder privater Belange Daten ausgesondert werden müssen 60 bis 500 Euro

2 Herausgabe

2.1 - Herausgabe von Abschriften 15 bis 125 Euro

2.2 - Herausgabe von Abschriften, wenn im Einzelfall ein deutlich höherer Verwaltungsaufwand zur Zusammenstellung von Unterlagen entsteht, insbesondere wenn zum Schutz öffentlicher oder privater Belange Daten ausgesondert werden müssen 30 bis 500 Euro

3 Einsichtnahme bei der Behörde einschließlich der erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen auch bei Herausgabe von wenigen Abschriften 15 bis 500 Euro

Teil B Auslagen

1 Herstellung von Abschriften und Ausdrucken

1.1 - je DIN A4-Kopie 0,10 Euro

1.2 - je DIN A3-Kopie 0,15 Euro

1.3 - je DIN A4-Farbkopie 5,00 Euro

1.4 - je DIN A3-Farbkopie 7,50 Euro

2 Wiedergabe von verfilmten Akten je Seite 0,25 Euro

3 Herstellung von Kopien auf sonstigen Datenträgern oder Filmkopien in voller Höhe

4 Aufwand für besondere Verpackung und besondere Beförderung in voller Höhe